



Sparengel von der Weser
Bremens Finanzsenatorin
Karoline Linnert

Hoffnungsloser Fall

BREMEN | Die Hansestadt hat mittlerweile eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung als Griechenland – und muss nun das härteste Sparprogramm der Republik durchziehen.

Zwischen der Person Karoline Linnert und ihrem Büro liegen Welten. Da ist die holzvertäfelte Amtsstube aus den Zwanzigerjahren, den goldenen Zeiten, als Wolle und Werften den Bremer Haushalt mit so viel Geld auffüllten, dass niemand mehr wusste, wohin damit. Und da ist die Finanzsenatorin mit rotem Haar und grünem Parteibuch, die es in der tristen Gegenwart in ein Armenhaus versetzt hat – und die nun den härtesten Sparkurs aller deutschen Bundesländer durchsetzen muss.

Auf einem braunen Tisch liegt Bremens Finanzplan 2011 bis 2016, seitenweise schlechte Nachrichten. Über 19 Milliarden Euro Schulden hat Bremen über die Jahre angehäuft, pro Einwohner sind das mehr als 29 000 Euro. Gemeinsam mit den anteiligen Schulden des Bundes kommen sie so auf 45 550 Euro pro Kopf. Das ist weit mehr als in Griechenland (31 000 Euro), weshalb

Spötter vom „Tsatsiki-Haushalt“ reden. Allein 2011 gab Bremen über 900 Millionen Euro mehr aus, als es einnahm. Für Zinsen zahlt der Stadtstaat bereits halb so viel wie für Lehrer, Polizisten und alle anderen öffentlich Beschäftigten zusammen.

MILLIARDEN VOM BUND

Das winzige Bremen und seine große Katastrophe. Wie konnte es dazu kommen? Linnert war Schülerin des Cecilien-Gymnasiums in Bielefeld, als die Ölkrise Unternehmen in die roten Zahlen trieb. Tausende Bremer verloren ihren Arbeitsplatz. Der damalige Senat reagierte antizyklisch – und stellte innerhalb von wenigen Jahren über 10 000 neue öffentliche Bedienstete ein. Dies war der Anfang der Bremer Schuldenspirale. Bis Ende der Achtzigerjahre wuchs die Pro-Kopf-Verschuldung auf rund 10 000 Euro an. Weil der Stadtstaat

sich außerstande sah, seine Finanzprobleme aus eigener Kraft zu lösen, zog er vor das Bundesverfassungsgericht. Bremen argumentierte, es sei vom Länderfinanzausgleich benachteiligt und müsse als Stadtstaat für seine relativ teurere Verwaltung entschädigt werden. Bremen bekam recht – und wurde fortan mit Steuergeldern überschüttet.

Zwischen 1994 und 2004 erhielt das Land 8,5 Milliarden Euro. Doch die Schulden stiegen immer weiter (siehe Grafik), weil Bremen sie nicht zurückzahlte, sondern weiter investierte: Bis 2002 stiegen die

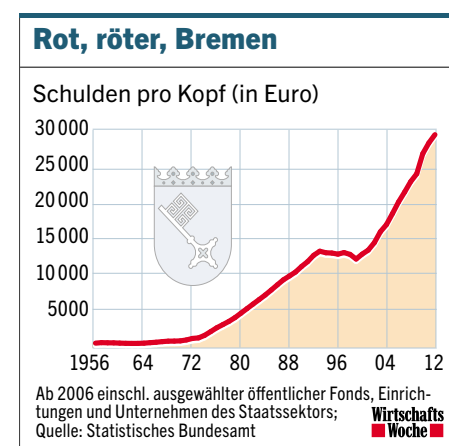


FOTO: AGENTUR FOCUS/JÖRG MÜLLER

Investitionen jedes Jahr um fünf Prozent auf 750 Millionen Euro. Sie flossen auch in fragwürdige Projekte, wie etwa in eine als „Palazzo Pissso“ verhöhlte öffentliche Luxus-Toilette, welche jedes Jahr gut eine halbe Million Euro kostet.

Derzeit gibt Bremen, bezogen auf jeden Einwohner, mehr Geld für Personal aus als jedes andere Bundesland – fast 2000 Euro waren es 2011. Der Stadtstaat Berlin, auch nicht gerade ein Hort stabiler Finanzen, kommt mit rund 1800 Euro aus. „Wir sind nicht alleine schuld an unserer Finanzlage. Auch ein reiches Bundesland wie Bayern hing mal am Geldtropf“, verteidigt sich Linnert mit Verweis auf den schwierigen Strukturwandel in der Hansestadt.

Ökonomisch gibt es sogar Hoffnungsschimmer, pro Kopf hatte Bremen zuletzt das zweithöchste Bruttoinlandsprodukt aller Bundesländer. Trotzdem geht es für die grüne Kassenwartin zunächst nur darum, jedes Jahr ein bisschen weniger ins Minus zu rutschen, bis 2020 die Schuldenbremse einen ausgeglichenen Haushalt vorschreibt. Jedes Jahr muss Bremen nun 120 Millionen Euro weniger ausgeben, als es einnimmt. Linnert hat dafür ein ambitio-



Die Sparpolitik soll nicht die Armen treffen

niertes Programm aufgelegt, ihren „Linnert-Plan“, der bis 2016 reicht. Für sie geht es dabei nicht bloß um Geld, sondern auch um Verteilungsfragen. Als sie 2007 Finanzsenatorin wurde, war sie die erste Grüne auf diesem Posten, was so ungewöhnlich war wie ein Liberaler im Umweltressort. So schmerzhaft die Schnitte werden, sagt sie, sie sollen nicht die Armen treffen.

Bremen will die öffentlichen Leistungen um ein Viertel kürzen, die Investitionen um mehrere Millionen drücken und 1000 Stellen im öffentlichen Dienst abbauen, vor allem in der Verwaltung. Bremer Schlaglöcher bleiben ungefüllt, manche Polizeireviere abends unbesetzt, Finanzämter sollen zusammengelegt werden.

Wenn Linnert Kurs hält, überweist Berlin jedes Jahr 300 Millionen Euro Konsolidierungshilfe. Am Ende soll eine schwarze Null stehen – doch wie realistisch ist sie? Die Funktionäre haben sich bereits in Stellung gebracht. Jürgen Schröder, Chef des Beamtenbundes in Bremen, warnt, würden noch weniger Justizbeamte in Bremen arbeiten, könne das die Rechtspflege gefährden. Auch die Finanzbeamten klagen, sie könnten schon jetzt nicht ordentlich eintreiben. Bremen, würden daher 50 Millionen Euro Steuergelder pro Jahr entgehen.

„Bremen ist ein hoffnungsloser Fall“, sagt der Bund der Steuerzahler. Zum einen würden die Zinsen nicht so niedrig bleiben, wie von Linnert kalkuliert. Zum anderen funktionieren ihr Plan nur, wenn die Steuereinnahmen weiter steigen, so wie von der Steuerschätzung prognostiziert. Dies sei aber eine gewagte Vorhersage.

Linnert hält ihren Plan gleichwohl für solide. Allerdings muss sie sich die Frage gefallen lassen, wie jetzt funktionieren soll, was beim ersten Rettungsversuch schon nicht geklappt hat – zumal nun die Schulden höher und die Hilfen geringer sind. ■

Jürgen Klöckner | politik@wiwo.de

Die „ServiceMarke“
wo Servicequalität sichtbar wird!

Leitbetrieb Deutschland
... wo SERVICEQUALITÄT sichtbar wird!

Die Servicequalität Ihres Unternehmens ist erstklassig?

Dann sollten Sie das auch zeigen: Die ServiceMarke Leitbetrieb Deutschland macht als erstes und einziges ServiceSiegel unternehmensspezifische Servicekompetenz transparent und auf einen Blick erkennbar.

Alle Vorteile zu einem Jahrespreis von nur 600,- Euro:

- Internetauftritt für Ihre ServiceQualität - Vergleichen Sie unseren Preis mit dem von anderen Portalen!
- Verwendung des ServiceSiegels national und international - Vergleichen Sie unseren Preis mit dem von anderen Siegeln!
- Preisvorteile in der ServiceOase - Dazu gibt es keinen Preisvergleich, weil nur wir diesen Service bieten!
- Bessere Reihung in den Suchmaschinen
- Die Gewissheit, dass es kein günstigeres vergleichbares Angebot im gesamten Bundesgebiet gibt!

Leitbetrieb Deutschland! ... denn Service macht den Unterschied.

a member of AKZEPTA GROUP



www.leitbetrieb.com